

Die Bundeswehr in der Krise

PRESSEKONFERENZ

am

23. Mai 2017



Georg Pazderski

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrten Damen und Herren,

In der aktuellen, von Frau von der Leyen angestoßenen Debatte geht es um mehr als um das Verhältnis der Bundeswehr zur Wehrmacht. Es geht zunächst einmal darum, wie mit dem Erbe früherer Generationen umgegangen wird. Das Verhalten der Verteidigungsministerin stößt vielen Soldaten, aktiven und ehemaligen und auch vielen Bürgern übel auf. Es wird wahrgenommen als die Arroganz der Nachgeborenen. Leider ist es wieder einmal die CDU, die sich genau gegenteilig zu ihrem Selbstbild verhält. Nicht ein SPD-Minister lässt Stuben durchsuchen.

Als Frau von der Leyen aus der Kaserne in Illkirch kam, sagte sie: „Die Bundeswehr hat mit der Wehrmacht nichts gemein.“ Das mag zwar ihr Wunsch sein, ist aber von der Sache her völliger Unsinn. Gegründet und aufgebaut wurde die Bundeswehr durch Wehrmachtsoffiziere und -unteroffiziere und sie wurde jahrzehntelang nach gleichen militärischen Grundsätzen geformt. Die Väter der Inneren Führung waren Ulrich de Maiziere, der Vater des jetzigen Innenministers, Wolf Graf Baudissin und Johann Graf von Kielmannsegg. Allesamt waren sie ehemalige Wehrmachtsoffiziere.

Sie gingen dabei vom Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ aus, der zugleich „freier Mensch, guter Staatsbürger und vollwertiger Soldat“ ist. Der Staatsbürger in Uniform war konzipiert sowohl als Leitbild für den modernen Soldaten als auch als Ausgangspunkt für die Festlegung der rechtlichen Normen, die für ihn gelten sollten (u.a. Soldatengesetz).

Ziel war es, das Menschenbild des Grundgesetzes auch für den Soldaten der Bundeswehr zur verbindlichen Vorgabe zu machen. Er sollte Soldat mit allen verfassungsmäßigen Rechten eines Staatsbürgers sein. Seine Rechte sollten nur insoweit eingeschränkt werden, wie dies für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte geboten war.

Adolf Heusinger, ebenfalls Wehrmachtsoffizier, war der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, national und international hochgeachtet. Nach ihm wurde ein Preis benannt der jährlich jenem Offizier in der Generalstabsausbildung verliehen wird, der durch Haltung und Leistung im Vergleich zu den anderen Teilnehmern seines Lehrgangs hervorsticht.

Soldaten brauchen auch militärische Vorbilder. Das ist übrigens in allen Armeen der Welt so. Soldaten, die herausragende Tapferkeit im Angesicht des Feindes gezeigt haben oder die Planung und der Ablauf von Gefechten, deren Lehren ganze Generationen von Militärs in aller Welt maßgeblich geprägt haben, werden auch heute noch von Offizieren in aller Welt studiert. Die Schlachten von Cannae, Waterloo, Verdun, der Westfeldzug oder der Sechstage-Krieg, um nur einige zu nennen und die daraus zu ziehenden Lehren sind jedem militärischen Plane weltweit bekannt.

Überhaupt, warum fällt Frau von der Leyen so vieles anscheinend erst jetzt auf? Hat sie in den vergangenen 3 ¼ Jahren keine Kasernen besucht? Auch nicht die Julius-Leber-Kaserne mit dem Traditionsraum des Infanterie-Regiments 9? Das Regiment von Karl-Friedrich Weizsäcker, unserem ehemaligen Bundespräsidenten und vielen anderen Offizieren des Widerstands, wie z.B. Henning von Tresckow, Axel von dem Bussche, Ludwig von Hammerstein-Equord, Fritz Dietlof von der Schulenburg? Ich erwähne diese Beispiele, weil ich weiß, dass sie da war.

Mir zeigt das Verhalten Frau von der Leyens folgendes: Es geht ihr um Aktionismus, um den Beifall der öffentlichen Meinung, um Ablenkung von den eigentlichen Problemen. Die Flieger, die Fregatten, der Nachwuchs, usw.: alle ihre großen Ankündigungen wurden bislang nicht umgesetzt. Ihr Muster ist stets das Gleiche: Die Probleme sind da, wurden aber von anderen verursacht. Sie will sie lösen, aber der Erfolg wird sich erst in vielen Jahren einstellen. Bis dahin bittet man um Geduld und guten Willen. Ihr Presse- und Informationsstab glaubt, mit dieser Haltung alle Kritik abwehren zu können. Und bis jetzt hat das auch ganz gut funktioniert, weil niemand in den derzeit im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien so recht weiß, was man mit der Bundeswehr eigentlich anfangen soll, ohne tiefer in die Tasche greifen zu müssen. Der Möchte-Gerne Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, hat ja bereits öffentlich erklärt, dass es mit ihm mehr Geld für die Bundeswehr kaum geben wird. Doch auch Frau von der Leyen interessiert sich, mit Verlaub, einen feuchten Kehricht für die Truppe. Es geht ihr allein darum, persönlich weiterzukommen.

Frau von der Leyen trat mit dem Versprechen an, in erster Linie die Rüstungsprojekte auf „Vordermann“ zu bringen. Dazu hat sie nicht nur die maßgeblichen Protagonisten in den zuständigen Ämtern ausgetauscht, sondern als Staatssekretärin jemand völlig fachfremden eingesetzt, der von einer zuvor durch die Bundeswehr mehrfach beauftragten Beratungsfirma stammt.

Tatsache ist, dass sich seit dem Dienstantritt Frau von der Leyens, die Rüstungslage nicht verbessert, sondern dramatisch verschlechtert hat. G36, Tiger, NH90, Sea-Lion, A400M, Korvette, Puma, Mehrzweck-Kampfschiff 180 u.v.m. Das alles sind Rüstungsprojekte, welche nicht bzw. schlecht vorangebracht wurden. Dies liegt in der alleinigen Verantwortung der Verteidigungsministerin und kann nicht auf die oder den Vorgänger abgeschoben werden.

Das Konzept des „Pooling und Sharing“ ist krachend gescheitert und führt nun zu einem erhöhten Kostenaufwand. Materialhaltung findet in der Truppe nicht mehr statt, was dazu führt, dass Gerät über Monate hinweg nicht einsatzbereit ist und Soldaten gebeten werden, privat beschaffte Ersatzteile in ihrem persönlichen Gepäck in den Einsatz mitzubringen. So geschehen in Mali.

Als weiteres ist die desolante Situation bezüglich der persönlichen Ausrüstung der Soldaten zu benennen. Es fehlt nicht nur an Schutzausrüstung für die Einsätze, sondern auch an Ausrüstungsgegenständen für den Grundbetrieb im Inland. Die Misswirtschaft und das Scheitern der LH Bekleidungs-gesellschaft der Bundeswehr ist hierbei exemplarisch zu benennen.

Im Januar 2017 äußerte sich der Wehrbeauftragte wie folgt zur Situation in der Bundeswehr: „Es ist von allem zu wenig da. Schweres Großgerät wie Panzer, Hubschrauber und Schiffe, aber auch Munition und persönliche Ausrüstung für die Soldaten von Uniformen über Nachtsichtgeräte bis hin zu Schutzbekleidung fehlen. Der Mangel gefährdet mittlerweile sogar Ausbildung, Übung und Handlungssicherheit der Soldaten im Einsatz (...) und im schlimmsten Fall Leib und Leben.“

Gegenwärtig findet eine Bindung von Kräften und Ressourcen vorbei am eigentlichen Auftrag statt. Die Bundeswehr dient inzwischen schwerpunktmäßig nicht mehr ihrem eigentlichen Auftrag, der Landes- und Bündnisverteidigung, sondern offenbar vorrangig der Profilierung seiner Ministerin. Sozialprojekte, Gender Mainstreaming, Diversity Management, Inklusion, Flüchtlingshilfe u.v.m. sind Aufgaben, welche viele Kräfte binden, ohne dass sie einen Mehrwert für die Auftragserfüllung der Streitkräfte bringen. Es ist vielmehr so, dass diese Projekte und Umstrukturierungen schaden, da durch eine mangelhaft eingeführte und umgesetzte Soldatenarbeitszeitverordnung (SAZV), die Arbeitskraft Soldat drastisch limitiert worden ist.

Bis heute existiert innerhalb der Bundeswehr keine einheitliche und rechtskonforme Umsetzung der gesetzlich geforderten Arbeitszeitverordnung für Soldaten innerhalb der EU. Um Fehlzahlen bei den Besetzungen, insbesondere bei den Fachdienstfeldwebern auszugleichen, setzt man anstatt auf Anreize und Veränderungen in der Personalentwicklung, auf eine Absenkung der Eingangskriterien und kosmetische Korrekturen in den Laufbahnentwicklungen. Die Bundeswehr ist weiter denn je entfernt davon, eine moderne Armee bzw. ein moderner Arbeitgeber zu sein. Sie gleicht vielmehr einem schlecht geführten Großunternehmen, welches für sich den Anspruch verloren hat, Gewinne zu erwirtschaften. Der Gewinn kann in diesem Fall nur die Erfüllung des Auftrags sein, welcher durch die Ausrichtung der Streitkräfte langfristig sichergestellt sein muss.

Die deutschen Streitkräfte sind derzeit nur noch eingeschränkt einsatzbereit und können ihren grundgesetzlichen Auftrag nur noch bedingt erfüllen. Das ist angesichts der gegenwärtigen Bedrohung Europas und der geopolitischen Neuausrichtung der USA gefährlich und daher inakzeptabel.

Die Bundeswehr muss wieder in vollem Umfang in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wirkungsvoll und nachhaltig zu erfüllen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass NATO, EU und die internationale Staatengemeinschaft Deutschland als gleichberechtigten Partner wahrnehmen.

Die AfD fordert die Rückkehr der Streitkräfte zur Einsatzbereitschaft. Deren Aufgaben ergeben sich aus dem Grundgesetz und der Bedrohungslage.

Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, dass deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar.

Im Ergebnis benötigt Deutschland Streitkräfte, deren Führung, Stärke und Ausrüstung an den Herausforderungen künftiger Konflikte orientiert sind und höchsten internationalen Standards entsprechen. Streitkräfte die gründlich und an den modernen Einsatzerfordernissen orientiert ausgebildet werden und die eine am Wohl der Truppe orientierte Verwaltung mit deutlich reduzierter Bürokratie vorhalten.

In der gesamten Diskussion stellt allerdings keiner die entscheidende Frage. Was soll die Bundeswehr eigentlich leisten können? Und wie versetzen wir sie in die Lage, dies zu schaffen? Im Ernstfall, der hoffentlich nie eintreten wird, muss z.B. der Kommandeur eines Panzergrenadierbataillons seine Soldaten in ein Gefecht befehlen, aus dem vielleicht 20 oder mehr Prozent von ihnen nicht zurückkommen. Was bringt Soldaten dazu, trotzdem ihren Einsatz anzutreten? Gendermainstreaming? Eine bunte Truppe? Diversity Management? Das klingt in Friedenszeiten alles toll, geht im Ernstfall aber schief. Und dass diese Möglichkeit heute mehr besteht als noch vor fünf Jahren, zeigt die Situation an der NATO-Ostgrenze und im Baltikum. Oder ist das alles doch nicht so ernst? Warum sendet man dann Truppen nach Litauen?

Die Lage der Inneren Führung und die Moral der Streitkräfte ist desolat. Gerade die jüngsten öffentlich bekannt gewordenen Beispiele haben gezeigt, dass die Armee zum Spielball einer einzelnen Person zu werden droht, welche nur noch am persönlichen Fortkommen interessiert zu sein scheint. Zur Sicherung der eigenen Position wird eine ganze Armee in Haftung genommen und in Mitleidenschaft gezogen.

Es ist wenig verwunderlich, dass das Führungspersonal auf allen Ebenen es der obersten politischen Leitung gleicht und sich entgegen den Prinzipien der Inneren Führung nicht mehr schützend vor ihre Soldaten stellen, sondern vielmehr darauf bedacht sind, diese ggf. zu opfern. Die Übernahme von Verantwortung, wird inzwischen als persönliches Risiko bewertet und weitestgehend vermieden.

Prinzipien wie Mut, Zivilcourage, Ehre, Stolz und Treue, ohne die eine Armee nicht existieren kann, sind in einer Bundeswehr unter von der Leyen vollends verkommen, zu Feigheit, Duckmäusertum, Scham und Unsicherheit.

War früher die Bundeswehr noch dafür bekannt, dass die Bevölkerung ihr wenigstens mit einem freundlichen Desinteresse begegnete, hat es die Bundesministerin innerhalb kürzester Zeit geschafft, dass die Bevölkerung ihren Streitkräften mit Misstrauen und Befremden gegenüberstehen.

Die AfD fordert die Wehrpflicht wieder einzusetzen, wie das ab 2018 in Schweden aufgrund der neuen Bedrohungslage im Baltikum und der ungenügenden Personalsituation der Streitkräfte geschehen wird.

Durch die Rückkehr zur Wehrpflicht schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass sich

- die Bevölkerung mit ihren Soldaten und ihrer Bundeswehr wieder stärker identifiziert, mit Streitkräften, die in der Bevölkerung fest verankert sind,
- das Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt und Vorsorge für die Wechselfälle in der Zukunft geschaffen wird und
- dass nachhaltig Nachwuchs aus allen Gesellschaftsschichten gewonnen und damit eine intelligenter Armee geschaffen wird,
- dass politische Entscheidungen über Einsätze der Bundeswehr wieder solider werden und
- ein breites Potential an Reservedienstleistenden entsteht.

Sicherheit und Freiheit Deutschlands und seiner Verbündeten sind im Finanzhaushalt mehr als heute angemessen zu berücksichtigen. Umfang und Ausrüstung der Streitkräfte müssen sich nach deren Aufgaben und den außen- und sicherheitspolitischen Erfordernissen richten.